

## RESUMÉ

Obwohl es schien, als würde nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Demokratie nach und nach auf der ganzen Welt siegen, ist sie wieder zum Gegenstand ernster Diskussionen und Polemiken geworden. Auf der einen Ebene wird die Frage diskutiert, ob es möglich sei, Demokratie in der Welt zu verbreiten, und auf der anderen, welche Risiken sie in den Ländern zu erwarten hat, die bereits über Jahrzehnte demokratisch sind. Dabei werden die bisherigen historischen Erfahrungen mit Demokratie vergessen, die eindeutig belegen, dass sie vor allem die Frucht einer längeren zivilisatorischen Entwicklung ist, die auf einer Reihe Voraussetzungen begründet ist. Eine solche Voraussetzung ist die formierte nationale oder übernationale Identität der betroffenen nationalen oder übernationalen Gesellschaft. Ohne dieser Identität ist die Demokratie nur die Summe gewisser institutioneller Strukturen und Mechanismen, die einen ersten größeren Sturm nicht überstehen müssen. Identität umfasst die Bewältigung der Vergangenheit und die Vision der Zukunft, Geschichte voller Ruhm und Leid, ein bewusstes Verhältnis zu bestimmten Werten und eine Reihe weiterer Elemente. Im Westen existiert heute eine Art von Demokraten – man könnte sie auch Kulturmarxisten nennen –, die sich überhaupt nicht dessen bewusst sind, wie wichtig für eine starke Demokratie eine gesunde nationale Identität ist, in der keine Löcher wie im Ementalerkäse zu finden sind. Als Beispiel nehmen wir das Problem der deutschen Vertriebenen aus Ost- und Mitteleuropa aus der Zeit des Endes des Krieges oder nach ihm. In den letzten Monaten ist der deutschen Öffentlichkeit langsam dieses marginalisierte und unterdrückte Problem von rund zwölf Millionen Menschen – überwiegend alter Menschen, Frauen und Kinder – bewusst geworden, die kollektiv aus ihrer Heimat vertrieben wurden, wobei viele von ihnen dabei ermordet wurden. So wurden sie allmählich zu einem Teil deutscher Identität, nicht aber als Akteure, sondern als Opfer des besiegten Nationalsozialismus. Resultat ist das Projekt der Schaffung des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin, das diese Prozesse – und das ist wichtig – im europäischen Kontext untersuchen soll. Unlängst hat sich der deutsche Außenminister Joschka Fischer mit den Worten gegen das Projekt ausgesprochen, wonach Deutsche sich eher dessen bewusst werden sollten, was sie sich selber angetan haben und sich sozusagen ein Denkmal bauen sollten, die sie an die nationale Selbstzerstörung erinnern sollte. Dabei handelt es sich um bemerkenswert unüberlegte Worte – denn es ist offensichtlich, dass keine Nation der Welt auf Dauer in einer Atmosphäre der Unterdrückung bedeutender Teile ihrer Geschichte leben kann. In diesem Jahr wurde zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Demokratie (!) auf würdige Weise des Aufstandes der ostdeutschen Arbeiter gegen den stalinistischen Sozialismus im Juni 1953 gedacht. Die deutschen Vertriebenen erfüllten Stalins Erwartung nicht und wurden nicht zum Werkzeug der Zerstörung Nachkriegsdeutschlands, sondern zu einer konstruktiven Kraft, die sich erheblich an der Schaffung der Wohlstandsgesellschaft und des Sozialstaates beteiligt hatte. An der Schaffung dessen, was heute unter der Herrschaft der Herren Schröder und Fischer zerfällt. Wäre es nicht an Stelle von Angriffen auf das Zentrum angebracht zu fragen, warum die damalige deutsche Nachkriegsgesellschaft so schnell wirtschaftlich und demokratisch zu sich kam und sich erneuern konnte. Ob dabei der Glaube an eine bessere Zukunft, das Bemühen Leid zu überwinden und das Vertrauen in das wirtschaftliche und politische System eine Rolle gespielt haben mögen?

– Die Redaktion –